

Der Untergang der SPD ist nur zu verhindern, wenn sie zu ihrer unter Willy Brandt konzipierten Politik des sozialen Ausgleichs und der Friedenssicherung zurückkehrt.

**LUFTPOST**

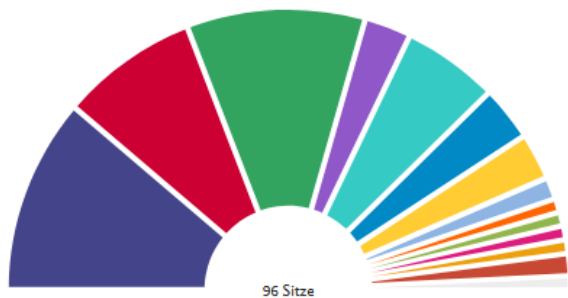
Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 067/19 – 12.06.19

## Ist diese SPD noch zu retten?

In allen Analysen zum Ausgang der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland wurden der Erfolg der GRÜNEN und das blamable Abschneiden der SPD fast ausschließlich mit der unterschiedlichen Gewichtung des "Umwelt- und Klimaschutz" in beiden Parteien erklärt. Das ist schon deshalb falsch, weil es den Wählern nicht um den "Schutz des Klimas", sondern um den "Schutz der Menschen vor den Folgen des Klimawandels" und zusätzlich um ganz andere Fehlentwicklungen ging.

### Sitzverteilung

Europawahl 2019, Deutschland  
Vorläufiges Ergebnis



© Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2019

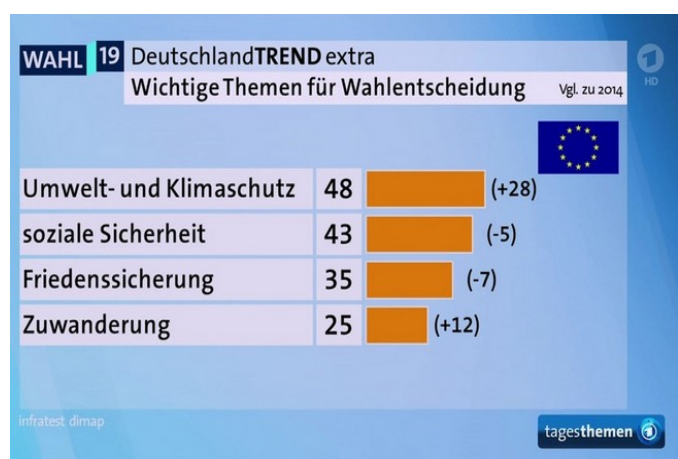
↓ SVG

Klicken oder tippen Sie auf den Graphen, um Einzelheiten zu den Gruppen anzusehen.

Partei	Sitze	Diff zu 2014
CDU	23	-6
SPD	16	-11
GRÜNE	21	+10
DIE LINKE	5	-2
AfD	11	+4
CSU	6	+1
FDP	5	+2

Grafik-Ausschnitt entnommen aus <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99.html>

Nach einer vor der Europawahl durchgeführten Infratest-Umfrage (s. Grafik) war den Wahlberechtigten die "soziale Sicherheit" fast genau so wichtig wie der "Umwelt- und Klimaschutz". Außerdem war mehr als ein Drittel der Befragten um die "Friedenssicherung" besorgt. Wegen ihrer Defizite in diesen beiden Bereichen wurden außer der SPD auch die CDU und die LINKE bei der Europawahl abgestraft. Und weil sich nur ein Viertel der Befragten bei ihrer Wahlentscheidung von der Einstellung der Parteien zur "Zuwanderung" – dem nach wie vor ungelösten Flüchtlingsproblem – beeinflussen ließ, konnten FDP, CSU und AfD, die mit ihrer Kritik daran punkten wollten, nur relativ geringe Gewinne verbuchen.



Grafik entnommen aus <https://www.tagesschau.de/inland/europatrend-101.html>

Dass der "Umwelt- und Klimaschutz" von entscheidender Bedeutung für den Stopp des katastrophalen Artensterbens und die längerfristige Erhaltung des Lebens auf der Erde ist, bestreiten nur noch Trump und seine kriegstreiberische "Narrenriege" in Washington.

Die Verdienste der jungen schwedischen Frau Greta Thunberg (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Greta\\_Thunberg](https://de.wikipedia.org/wiki/Greta_Thunberg)), die mit ihrer Hartnäckigkeit die inzwischen weltweite Jugendbewegung "Fridays for Future" (s. <https://fridaysforfuture.de/>) in Gang gesetzt hat, können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden – trotz aller "Verdächtigungen", die inzwischen kursieren. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die "Enkel" der 68er (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/68er-Bewegung>) nicht nur mit dem Klimawandel befassen, sondern möglichst bald auch gegen die wachsende Kriegsgefahr und für die Herstellung gerechterer Verhältnisse auf die Straße gehen.

Wenn führende Sozialdemokraten nach dem Rücktritt ihrer Vorsitzenden Andrea Nahles meinen, mit personellen Retuschen und dem Abkupfern des nur aus wohlklingenden Phrasen und nicht aus praktikablen Lösungsvorschlägen bestehenden Europawahlprogramms der GRÜNEN (s. <https://www.gruene.de/artikel/gruenes-wahlprogramm-zur-europawahl-2019>) ihre Sitze im nächsten Bundestag und ihre Parteiämter retten zu können, haben sie offenbar noch nicht erkannt, dass sie längst auf einem lecken Kahn mit Motorschaden auf sehr rauer See treiben. Wenn die Sozialdemokraten ihre Programmatik nicht grundlegend revidieren, werden die seit Jahrzehnten von ihrer Politik enttäuschten Wähler das schon lange morsche Schiff SPD sang- und klanglos untergehen lassen.

Dabei müsste sich die SPD doch nur daran erinnern, wann und warum sie bei Bundestags- und anderen Wahlen schon sehr viel mehr Stimmen bekommen hat?

Bundestagswahlergebnisse seit 1949 - Zweitstimmen

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke. PDS	AfD	Sonstige
2017	32,9	20,5	10,7		8,9	9,2	12,6	5,0
2013	41,5	25,7	4,8		8,4	8,6		11
2009	33,8	23,0	14,6		10,7	11,9		6,0
2005	35,2	34,2	9,8		8,1	8,7		4,0
2002	38,5	38,5	7,4		8,6	4,0		3,0
1998	35,2	40,9	6,2		6,7	5,1		5,9
1994	41,5	38,4	6,9		7,3	4,4 <sup>2</sup>		3,5
1990	43,8	33,5	11,0	3,8	1,2	2,4		4,3
1987	44,3	37,0	9,1	8,3				1,3
1983	48,8	38,2	7,0	5,6				0,4
1980	44,5	42,9	10,6	1,5				0,5
1976	48,6	42,6	7,9					0,9
1972	44,9	45,8	8,4					0,9
1969	46,1	42,7	5,8					5,5
1965	47,6	39,3	9,5					3,6
1961	45,3	38,2	12,8					5,7
1957	50,2	31,8	7,7					10,5
1953	45,2	28,8	9,5					16,5
1949	31,0	29,2	11,9					27,9

Statistik entnommen aus [https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse\\_seit1949-244692](https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692)

Bei der Bundestagswahl im September 1969, hat es die SPD, aus einer großen Koalition mit der auch nach der Wahl immer noch stärkeren CDU/CSU kommend, geschafft, eine sozialliberale Regierung mit der FDP zu bilden.

1972 überstand die SPD sogar einen mit Hilfe übergelaufener FDP-Abgeordneter versuchten Kanzlersturz und konnte nach der anschließend überlegen gewonnenen Neuwahl in Koalition mit einer konsolidierten FDP bis 1976 durchregieren.

Das war nur möglich, weil der damalige **SPD-Vorsitzende Willy Brandt** schon als Außenminister einer Großen Koalition mit der CDU/CSU und danach als Bundeskanzler einer SPD/FDP-Koalition die Weichen für eine grundlegend neue, auf inneren und äußeren Ausgleich ausgerichtete sozialdemokratische Politik stellte.

Mit **Egon Bahr**, seinem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, hat er unter der Losung "**Wandel durch Annäherung**" eine "**Neue Ostpolitik**" konzipiert, die nach der Verbesserung der Kontakte zur DDR, zur **Unterzeichnung des Moskauer Vertrages mit der Sowjetunion und des Warschauer Vertrages mit der Volksrepublik Polen** führte. In den beiden Verträgen erkannten alle Beteiligten die Unveränderlichkeit der deutschen Nachkriegs-2/6

grenzen an und leiteten damit die **Entspannungspolitik** ein, die den Abschluss eines **Grundlagenvertrages mit der DDR** und deren späteren Beitritt zur BRD erst möglich machte. **Für seine auf Versöhnung und Ausgleich ausgerichtete Ostpolitik erhielt Willy Brandt 1971 den Friedensnobelpreis.**

Unter dem SPD-Kanzler Brandt fanden auch **längst überfällige, wichtige innenpolitische Reformen in der Sozial-, Bildungs- und Rechtspolitik** statt.

Er stellte die Arbeit seiner Regierung unter das Motto **"Mehr Demokratie wagen"**, trug dann aber selbst zum Demokratieabbau bei, weil er 1972 den vor allem gegen Mitglieder der DKP im Öffentlichen Dienst praktizierten **"Radikalenerlass"** absegnete. Das hat er später zwar als "schweren Fehler" bezeichnet, aber nichts zur Rehabilitierung und Entschädigung der vielen Betroffenen unternommen.

Seine Regierung führte mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz das **"Bafög"** für Studenten ein, deren Eltern kein Studium finanzieren konnten.

Das **Betriebsverfassungsgesetz** wurde novelliert, um den **abhängig Beschäftigten mehr Rechte** zu verschaffen.

Brandt hat nicht nur einen **"blauen Himmel über dem Ruhrgebiet"** versprochen, sondern 1973 auch **erstmalig eine umweltpolitische Bundesbehörde** einrichten lassen.

Mit einem Gesetz zur Reform des § 218 wollte die Brandt-Regierung schon damals den **Schwangerschaftsabbruch mit einer Fristenlösung straffrei** stellen (zu den bisherigen Ausführungen über die SPD unter Willy Brandt s. auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Willy\\_Brandt](https://de.wikipedia.org/wiki/Willy_Brandt) ).

Leider trat Willy Brandt 1974 zurück, weil sein enger Mitarbeiter **Günter Guillaume** als DDR-Agent enttarnt wurde (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Guillaume-Aff%C3%A4re> ), und überließ seinem damaligen Finanzminister **Helmut Schmidt** das Amt des Bundeskanzlers.

Unter **der SPD-Kanzlerschaft Helmut Schmidts** (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut\\_Schmidt](https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Schmidt) ), die 1974 begann und über die Bundestagswahlen 1976 und 1980 hinweg bis 1982 dauerte, verlor die SPD viele Wähler, weil der schneidige ehemalige Oberleutnant Schmidt, der in der Flugabwehr der NAZI-Luftwaffe gedient hatte, die als **"Nachrüstung"** ausgegebene Stationierung von **US-Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missile** initiiert und damit die starke Friedensbewegung der 1980er Jahre (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Doppelbeschluss> ) gegen die SPD aufgebracht hat. Am 1. Oktober 1982 wurde **Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum der CDU/CSU-Fraktion und der Mehrheit der FDP-Fraktion abgewählt und von CDU-Kanzler Helmut Kohl abgelöst.**

Erst 1998 gewann die SPD mit dem Rekordergebnis von mehr als 20 Millionen Stimmen und dem **SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder** (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard\\_Schr%C3%B6der](https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Schr%C3%B6der) ) wieder eine Bundestagswahl. CDU-Kanzler Kohl hatte den neuen Bundesländern zwar "blühende Landschaften" versprochen, die Treuhandanstalt (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Treuhandanstalt> ) hat in der ehemaligen DDR aber fast nur "verbrannte Erde" und ein "leeres Geldfass ohne Boden" hinterlassen. Gleichzeitig hat sie auch ein wachsendes Heer von Arbeitslosen im Osten und im Westen der erweiterten Bundesrepublik "freigesetzt". Wegen dieser unter Kohl entstandenen großen Probleme überlebte die von Schröder geführte rot-grüne Koalition zwei Wahlperioden und endete erst nach der verlorenen Wahl im Jahr 2005.

Von dem selbst aus einfachen Verhältnissen stammenden **SPD-Kanzler Schröder** erwarteten die vielen Arbeitslosen vor allem neue Arbeitsplätze oder wenigsten die Beibehaltung des bisherigen Arbeitslosengeldes und der bei längerer Arbeitslosigkeit bezahlten Arbeitslosenhilfe. Stattdessen rutschten sie durch die 2003 verkündete **Agenda 2010** (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Agenda\\_2010](https://de.wikipedia.org/wiki/Agenda_2010) ) schon nach relativ kurzer Arbeitslosigkeit in **"Hartz IV"** (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Hartz-Konzept#Hartz\\_IV](https://de.wikipedia.org/wiki/Hartz-Konzept#Hartz_IV) ) ab und mussten ihre "Bedürftigkeit" ständig von den Sozialämtern, die nun "Job-Center", hießen überprüfen, lassen – als hätten sie nie Beiträge in die Arbeitslosenversicherung bezahlt. Menschen, die jahrzehntelang ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit verdient hatten, wurden plötzlich wie arbeitsunfähige oder arbeitsunwillige Sozialhilfeempfänger behandelt – und das auf Betreiben eines SPD-Kanzlers und eines Mitgliedes des Vorstandes der Volkswagen AG namens Peter Hartz (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Peter\\_Hartz](https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Hartz) ), der auch seine Besuche bei Prostituierten über VW-Spesenkonten abgerechnet haben soll.

Auch ältere Langzeitarbeitslose müssen seither nach ihrer **"Zwangsverrentung"** mit Mini-renten auskommen oder immer wieder unsinnige **"Qualifizierungsmaßnahmen"** über sich ergehen lassen, **als Lohndrücker "Ein-Euro-Zwangsarbeit" leisten** oder von **Leiharbeitsfirmen** angebotene, ständig wechselnde, jetzt mit **450 Euro "entlohnte" Jobs** annehmen, von denen niemand leben kann.

Aber nicht nur diese auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten ausgetragene "Reform des Arbeitsmarktes" drückte die ehemalige Arbeiterpartei SPD in einer Koalition mit den angeblich so menschenfreundlichen GRÜNEN durch. Der als einziger Sohn einer Kriegervitwe vom Dienst in der Bundeswehr befreite Gerhard Schröder und der ehemalige "Friedenskämpfer" Joschka Fischer schickten die Bundeswehr auf Drängen der US-Regierung ab 1992 auch noch zum **ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach 1945 in den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, mit dem Jugoslawien zerschlagen wurde** (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawienkriege> ).

**Um die Wahlchancen der angeschlagenen SPD vor der Bundestagswahl 2002 zu erhöhen, erklärte Schröder, Deutschland werde ohne UN-Mandat nicht am Irakkrieg teilnehmen**, ließ aber trotzdem die uneingeschränkte Nutzung der US-Militärbasen in unserem Land für diesen ebenfalls völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu und stellte sogar Bundeswehrsoldaten für deren Bewachung zur Verfügung.

**Unter Gerhard Schröders Kanzlerschaft haben SPD und GRÜNE gemeinsam zwei besonders wichtige Verfassungsgrundsätze praktisch außer Kraft gesetzt:** Durch den Kampfeinsatz der Bundeswehr in Jugoslawien wurde **gegen das schon in der Präambel des Grundgesetzes festgeschriebene Friedensgebot verstoßen** (weitere Infos dazu unter [http://www.humanistische-union.de/nc/publikationen/vorgaenge/online\\_artikel/online\\_artikel\\_detail/back/vorgaenge-189/article/das-friedensgebot-des-grundgesetzes-anspruch-und-wirklichkeit-nach-sechzig-jahren/](http://www.humanistische-union.de/nc/publikationen/vorgaenge/online_artikel/online_artikel_detail/back/vorgaenge-189/article/das-friedensgebot-des-grundgesetzes-anspruch-und-wirklichkeit-nach-sechzig-jahren/) ), und mit der **Durchsetzung der Agenda 2010 wurde der durch die Sozialstaatsklausel garantierte soziale Rechtsstaat** in Frage gestellt (s. <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1961/1961-08-a-461.pdf> ).

**Damit haben diese beiden Parteien den Weg zur weiteren Demontage des Grundgesetzes freigemacht und nicht nur bei den "Reichsbürgern" alte und neue "Begehrlichkeiten" geweckt. Von den Wählern dafür abgestraft wurde bisher aber nur die SPD. Die GRÜNEN macht niemand für die gemeinsam begangenen Schandtaten verantwortlich, und nach ihren völlig unverdienten jüngsten Wahlerfolgen können sie jetzt sogar schon von Regierungen unter grüner Führung träumen.**

Seit der Abwahl Schröders im Jahr 2005 versucht **die SPD in großen Koalitionen** unter CDU-Kanzlerin Angela Merkel – von 2005 bis 2009 und seit 2013 – **die großen Schäden,**



die der bisher letzte SPD-Kanzler der arbeitenden Bevölkerung, dem Rechtsstaat Bundesrepublik und seiner Partei zugefügt hat, mit arbeits- und sozialpolitischen "Trostpflasterchen" vergessen zu machen (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_deutschen\\_Bundesregierungen](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_deutschen_Bundesregierungen) ). Dass ihr das nicht gelingen wird, kann nach ihrem katastrophalen Ergebnis bei der Europawahl als erwiesen gelten.

**Unser kurzer Rückblick belegt: Die SPD kann nur mit uneingeschränktem Eintreten für Verständigung und Frieden und soziale Gerechtigkeit punkten. Deshalb muss sie spätestens nach der "Halbzeitbilanz" Anfang Dezember 2019 aus der GroKo aussteigen, zur Verständigungs- und Friedenspolitik Willy Brandts zurückkehren und die Agenda 2010 Gerhard Schröders – wenn auch zunächst nur programmatisch – vollständig rückgängig machen, sonst ist ihr endgültiger Untergang besiegelt.**

Nach neueren Umfragen wollen **42 Prozent der befragten Deutschen, dass alle US-Truppen aus Deutschland abziehen**, nur 37 Prozent wollen, dass sie bleiben. **75 Prozent der befragten Deutschen lehnen die von Trump und der NATO geforderte Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ab** (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_16/LP10318\\_150718.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP10318_150718.pdf) ).

**Nur noch eine knappe Mehrheit von 54 Prozent der Deutschen befürwortet den Verbleib der Bundesrepublik in der NATO** (s. <https://yougov.de/news/2019/04/04/nato-bundnis-hat-eu-staaten-rueckhalt-verloren-je/> ).

**Seit Jahrzehnten bekunden über zwei Drittel der Deutschen immer wieder, dass sie keinen Krieg wollen – auch und vor allem keinen Krieg gegen Russland.**

Alle bundesdeutschen Parteien – auch die GRÜNEN – betreiben derzeit eine Politik, die dem in diesen Umfragewerten dokumentierten Wählerwillen total widerspricht. Sie wollen die Wähler künftig vor allem mit dem Thema "Klimaschutz" für sich gewinnen. Mit der Verengung der politischen Diskussion auf dieses eine Thema soll von allen anderen existenziellen Fragen abgelenkt werden. Damit können derzeit aber nur die GRÜNEN Wahlerfolge erzielen, die schnell wieder verblassen werden.

**Wenn es noch Sozialdemokraten gibt, die nicht nur ihre Sitze in Parlamenten, sondern auch ihre Partei retten wollen, sollten sie die SPD auf die für die Friedensbewegung immer wichtiger werdenden Forderungen "NATO raus und raus aus der NATO!" einschwören. Sowohl die Kündigung des Stationierungsvertrages, als auch der Austritt aus der NATO wären nach den geltenden Verträgen jederzeit möglich. Mit der Übernahme dieser beiden Forderungen würde sich die SPD ein echtes "Alleinstellungsmerkmal" verschaffen, auch gegenüber der sich selbst paralysierenden LINKEN.**

**Das Gerede einzelner Abgeordneter, Staatsminister und Minister der SPD von einer "schlagkräftigen" Europa-Armee ist in diesem Zusammenhang völlig kontraproduktiv und sollte schleunigst unterbunden werden.**

Die in Vorbereitung befindlichen Kriege der USA und der NATO – vor allem der heraufziehende Atomkrieg gegen Russland – würden alle Maßnahmen gegen den Klimawandel ohnehin obsolet machen (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_19/LP05519\\_080519.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP05519_080519.pdf) ).

**Mit den durch den Verzicht auf die 2-prozentige Erhöhung der "Verteidigungsausgaben" eingesparten Milliarden ließe sich zum Beispiel ein völlig kostenloser Personennahverkehr finanzieren, mit dem die CO<sub>2</sub>-Belastung der Innenstädte sofort dras-**

tisch zu senken wäre. Außerdem können auch die auf der ganzen Welt immer größer werdenden sozialen Probleme nur dann angepackt werden, wenn die Aufrüstung und alle Kriege und Kriegsvorbereitungen umgehend gestoppt werden. Mit einer radikalen Kursänderung könnte die SPD nicht nur ihr Überleben sichern, sondern auch einen wichtigen, weit über den so genannten "Klimaschutz" hinausgehenden Beitrag zur Erhaltung der Menschheit und unseres Planeten leisten, der ihr ganz sicher einen beträchtlichen Stimmenzuwachs einbrächte.

Diese SPD hat nur dann eine Überlebenschance, wenn sie das beherzigt, was Willy Brandt in seiner Rede am 11. Dezember 1971 anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo gesagt hat: **"Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio."** (Die Rede ist nachzulesen unter [https://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Rede\\_Willy\\_Brandt\\_Nobelpreis\\_1971.pdf](https://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Rede_Willy_Brandt_Nobelpreis_1971.pdf) .)

In seiner am 3. November 1981 zum 100-jährigen Bestehen des Verlages J.H.W. Dietz in Bonn gehaltenen Rede hat er nochmals betont, wie wichtig ihm der Frieden ist und wie wichtig der Frieden der SPD sein sollte: **"Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts."** (Diese Rede ist nachzulesen unter [https://www.willy-brandt.de/fileadmin/stiftung/Downloads/Berliner\\_Ausgabe/BA\\_05\\_gesamt.pdf#page=363](https://www.willy-brandt.de/fileadmin/stiftung/Downloads/Berliner_Ausgabe/BA_05_gesamt.pdf#page=363) .)

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern